



# Jugend im Parlament Resolutionen 1995

## Rassismus

### Ausländerbehörde

Wir haben festgestellt, daß in der Ausländerbehörde Menschen unwürdig behandelt werden.

Dies entsteht durch:

- zu wenig Personal: Auf wöchentlich ca. 2000 AsylbewerberInnen kommen ca. 70 SachbearbeiterInnen. Auf ca. 4000 AusländerInnen mit Aufenthaltsgenehmigung kommen ca. 40 SachbearbeiterInnen.
- schlechte Terminverteilung; durch die Nummernvergabe entstehende Ellenbogengesellschaft.
- Es entstehen Verständigungsprobleme, da DolmetscherInnen von den AusländerInnen selber organisiert werden müssen und sie normalerweise dafür kein Geld aufbringen können.
- zu lange Wartezeiten, ein nicht gesichertes Drankommen, da zu großer Andrang.
- unwürdige Behandlung der AntragstellerInnen von dem Ordnungsdienst und den SachbearbeiterInnen.
- undurchsichtiges Handeln und zu unüberschaubare Gesetze.
- zu großer Behördenapparat.
- Gefahr von Korruption durch schlechte Bezahlung der SachbearbeiterInnen.

Um die Bedingungen zu verbessern, fordern wir:

- Aufstockung der Anzahl der SachbearbeiterInnen
- langfristige Dezentralisierung der Behörde auf die Ortsämter.
- eine bessere Terminvergabe (z. B. telefonisch wie beim Arzt).
- geschultes Personal des Ordnungsdienstes.
- effektivere Gesetze, durchschaubar auch ohne SpezialistInnen.
- Abbau des „Wasserkopfes“ (Verwaltungswege schlanker machen).
- bessere Bezahlung der SachbearbeiterInnen, damit weniger Korruption möglich ist.
- besseres Sicherheitssystem in der Verwaltung.

### Rechtsextremismus

Die Gesetze zur Einschränkung von rechtsradikalen Parteien sind unserer Meinung nach ungenügend.

Wir kritisieren:

- daß die StraftäterInnen zu milde bestraft werden.
- daß die Parteien nicht öffentlich arbeiten und dadurch nicht durchschaubar sind.
- daß die Gesetze nicht konkretisiert sind und dadurch eine zu breite Auslegung der Gesetzestexte gegeben ist.
- daß die Verurteilung von StraftäterInnen durch den akuten Mangel an Personal einen zu langen Weg beansprucht.

Unsere Lösungsvorschläge sind:

- verstärkte Verfolgung der StraftäterInnen.
- alle Parteigeschäfte müssen öffentlich sein.
- Verschärfung der Gesetzesauslegung.
- mehr Personal an den Gerichten und juristischen Institutionen.
- bessere Aufklärung in den Schulen und Vermittlung von einem besseren Demokratieverständnis.

Ansonsten verurteilen wir jegliche rechtsextremistische Gewalttat und den alltäglichen Rassismus gegenüber unseren ausländischen MitbürgerInnen. Wir fordern alle BürgerInnen und PolitikerInnen auf, sich dagegen zu wehren.

Zeigt Zivilcourage!

## Schulpolitik

### Verschiebung der Frühjahrsferien auf die Osterferien

Die „Jugend im Parlament“ lehnt die Vorschläge der Schulbehörde, die die Abschaffung der Frühjahrsferien beinhalten, ab. Sie spricht sich damit für die Beibehaltung des derzeitigen Rhythmus von ca. acht Wochen Schule und anschließenden Ferien aus. Durch die Schaffung von Osterferien würde eine sehr lange Schulperiode (bis zu zwölf Wochen) entstehen, die Schülerinnen und Schüler unnötig belasten würde.

### I. Neues Schulgesetz

Wir begrüßen prinzipiell die Diskussionsvorlage zum neuen Schulgesetz. Allerdings halten wir die Formulierungen dieser Vorlage in einigen Punkten für konkretisierungsbedürftig.

Die Gleichberechtigung aller SchülerInnen, unabhängig von Geschlecht, Gesundheit und Religion, durch integrative Maßnahmen wie z. B. Integrationsklassen wird von uns ausdrücklich unterstützt. Allerdings fordern wir eine Garantie für die Bereitstellung der dazu benötigten Mittel, um den Bedürfnissen der Betroffenen nachkommen zu können. Bei allen Maßnahmen muß das Wohl aller Betroffenen an allererster Stelle stehen.

Wir fordern die Erweiterung des Mitspracherechts der SchülerInnen in den Gremien der Schule (auch in der Schulkonferenz) durch eine Änderung der Kräfteverhältnisse in den entsprechenden Gremien (Änderung des Schulverfassungsgesetzes) zugunsten der SchülerInnenenschaft.

Im Rahmen der Ordnungsmaßnahmen fordern wir die Autorisierung der Schulen zur Ergänzung des Maßnahmenkataloges um andere, im konkreten Fall pädagogisch sinnvollere, Maßnahmen. In diesem Zusammenhang befürworten wir die Einrichtung eines Schlichtungsausschusses mit SchülerInnenbeteiligung nach dem Vorschlag der Diskussionsvorlage, um durch diesen das Fällen von gerechteren, weil der Situation angemesseneren, Urteilen zu ermöglichen.

Fächerübergreifenden Unterricht durch Ersatz der bestehenden Lehrpläne durch fächerübergreifende Bildungspläne begrüßen wir ausdrücklich. Dabei sollte eine genaue Prüfung der Zielsetzungen des Unterrichts unter dem Aspekt der gezielten Auswahl der Unterrichtsvorgaben erfolgen, um somit die wesentlichen Punkte qualitativ vertiefen zu können.

Wir plädieren dafür, bis zur 6. Klasse die Möglichkeit zur Erteilung von Berichtszeugnissen einzuräumen (Entscheidungsfreiheit der Eltern ab 3. Schuljahr), wobei bis zur 4. Klasse der Grundschule ausschließlich Berichtszeugnisse erteilt werden sollen, da bei diesen Zeugnissen die kompetente Information über die Leistungen der SchülerInnen Vorrang vor der Klassifizierung der Leistung hat, besonders hinsichtlich der Wahl der weiterführenden Schulen.

Die Erweiterung der Kompetenzen der Schule begrüßen wir. Im Interesse der SchülerInnen ist allerdings eine Kontrolle der Schulen notwendig, um eklatante rechtliche Mißstände zu verhindern.

Wesentliches Ziel dieser Kompetenzerweiterung soll der Abbau von Bürokratie sein, um somit eine effektivere Arbeit der Schulen zugunsten der SchülerInnen zu ermöglichen.

### II. Verkürzung der Schulzeit

Eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre lehnen wir ab. Zum einen besteht kein konkreter Handlungsbedarf, da sich bei näherer Betrachtung zeigt, daß die

Altersdifferenz deutscher HochschulabgängerInnen zu anderen europäischen HochschulabgängerInnen nicht so extrem ist, wie dies in der öffentlichen Diskussion dargestellt wird, und diese sich durchaus durch höhere Fertigkeiten rechtfertigt.

Zum anderen sind die Schulen momentan nicht in der Lage, die mit der Verkürzung verbundenen strukturellen Umwälzungen angemessen zu verarbeiten, um bestehende qualitative Standards beizubehalten.

Wenn im Rahmen dieser Umkonzeptionierung nicht das Gesamtkonzept Schule geändert wird, was sicherlich mit enormen Kosten verbunden sein wird, droht der Bildungsstandard ganz erheblich zu sinken. Eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur darf nicht mit unzumutbaren Belastungen für die SchülerInnen verbunden sein.

In diesem Zusammenhang ist auch die Abiturverschiebung, die wir als Vorbereitung zur Verkürzung der Schuldauer betrachten, abzuschaffen:

### **III. SchülerInnenkammer / SchülerInnenparlament**

Wir fordern:

Die Ersetzung der SchülerInnenkammer durch ein SchülerInnenparlament, zu dem weiterführende Schulen je Bezirk eineN VertreterIn entsenden müssen.

Das SchülerInnenparlament ersetzt die Landesausschüsse und die SchülerInnenkammer.

Es wählt einen geschäftsführenden Vorstand, der die laufenden Geschäfte zwischen den Sitzungen führt.

Es sollte ein Vetorecht gegenüber der Behörde geben, wenn mindestens zwei der drei Kammern (Elternkammer, LehrerInnenkammer, SchülerInnenparlament) übereinstimmen. Dies stärkt die Repräsentation der SchülerInnen in Hamburg und dient dazu, vorhandene Hierarchien abzubauen.

### **Schule gegen Politikverdrossenheit / Wahlrecht**

1.

Die Hauptaufgabe des Unterausschusses „Schule gegen Politikverdrossenheit / Wahlrecht“ ist die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Schule, der Politikverdrossenheit der SchülerInnen entgegenzutreten, sowie die Beschäftigung mit der aus der „Aktuellen Stunde“ von „Jugend im Parlament“ resultierenden Forderung nach einer Herabsetzung des Landtagswahlalters auf 16 Jahre.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema der bei vielen Jugendlichen bemerkbaren Politikverdrossenheit stellten wir fest daß sie ihren Ursprung in der mangelnden oder nicht vorhandenen Information des einzelnen und der damit verbundenen Undurchsichtigkeit der Politik hat.

Dieses unserer Meinung nach notwendige Wissen wird zur Zeit offensichtlich vielen SchülerInnen weder von ihren Eltern noch von der Schule, noch von irgendeiner anderen Stelle ausreichend nähergebracht.

Die einzige Institution, die wir in dieser Beziehung beeinflussen können, ist die Schule, von der wir daher fordern, daß sie mit der politischen Ausbildung früher und intensiver beginnt.

Konkrete Vorschläge hierfür sind:

- die Einführung einer mindestens monatlich abzuhaltenden „Aktuellen Stunde“ im Klassenverband ab Klasse 7 während des regulären Unterrichts, in der über von den SchülerInnen vorzuschlagende Themen diskutiert wird. Hierbei sollte die Lehrkraft nur die Rolle eines Moderators übernehmen und die SchülerInnen so zum Nachdenken, zur Initiative, zur Akzeptanz anderer Meinungen sowie zur eigenen Meinungsbildung bewegen. Hierbei sollten auch vermehrt politische Themen angesprochen und hinterfragt werden, so daß das Verständnis der Schülerinnen für politische Zusammenhänge gefördert wird.
- Unterricht des Faches „Politik“ an allen Schulformen ab Klasse 7.

- halbjährliche Projektstage mit ausreichender Vorbereitung, um Politik nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch, z. B. mit Hilfe von Besuchen des Plenums oder der Ausschüsse der Bürgerschaft oder durch Planspiele wie ein Klassenparlament.

Der durch diese Maßnahmen gehobene Kenntnisstand im Bereich Politik und die verbesserte Fähigkeit zur selbständigen und unabhängigen Meinungsbildung der Jugendlichen würde die Herabsetzung des Mindestwahlalters begünstigen. Dies würde der Politikverdrossenheit entgegenwirken, da wir denken, daß, sobald Jugendliche an der Politik aktiv beteiligt werden, sie sich auch für diese interessieren.

Deshalb fordern wir:

- die Herabsetzung des Mindestwahlalters für die Hamburger Bezirks- und Bürgerschaftswahlen auf 16 Jahre.

Zusätzlich richten wir einen Appell an alle Eltern, sich vermehrt mit ihren Kindern über das politische Tagesgeschehen, politische Zusammenhänge, die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf das tägliche Leben usw. auseinanderzusetzen.

Dies alles führt unserer Meinung nach zu einer allgemeinen Verringerung der Politikverdrossenheit und somit auch zu einem Anstieg der Wahlbeteiligung.

## 2.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ fordern die Gründung eines Jugendbeirates zur Bürgerschaft.

Die Mitglieder setzen sich aus den Dachorganisationen der Jugendverbände (Landesjugendring ...) sowie des SchülerInnenparlamentes zusammen.

Der/die ÜbermittlerIn der Anliegen des Jugendbeirates ist der/die Jugendbeauftragte.

Der/die Jugendbeauftragte wird auf Vorschlag des Jugendbeirates von der Bürgerschaft gewählt. Er/sie beruft den Jugendbeirat ein und erstattet der Bürgerschaft über dessen Anliegen mindestens einmal pro Jahr Bericht.

## **Wohnungs- und Sozialpolitik**

In seinen Beratungen setzte sich der Ausschuß „Wohnungs- und Sozialpolitik“ mit den Themen „Obdachlosigkeit“ und „Jugendkriminalität in Hamburg“ auseinander.

Beide Themen wurden nach kurzer Diskussion aus der Vielzahl der möglichen Schwerpunkte ausgewählt, eine nicht einfache Entscheidung, da sämtliche Vorschläge den TeilnehmerInnen wichtig erschienen.

Nach einer Anhörung verschiedener Experten, unter ihnen ein „Hinz & Kunzt“-Mitarbeiter und ehemaliger Obdachloser, verabschiedete der Ausschuß folgende Resolutionen:

### **Wohnraum**

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß eine Lösung des Problems eine enge Zusammenarbeit aller Bundesländer und eine weitsichtige Politik erfordert.

Die einzige mögliche Lösung kann heißen: Preiswerter Wohnraum muß in ausreichendem Maße vorhanden sein und deshalb nun zügig geschaffen werden.

Mit den politischen Verhältnissen und verschiedenen wirtschaftlichen Grundkonzeptionen zum Thema Wohnungsbau haben wir uns nicht näher beschäftigt, sondern wir beschränken uns im folgenden auf kleinere, leichter realisierbare Ziele, bezogen auf den Bereich der Hansestadt Hamburg.

- Wir fordern die Schaffung zusätzlicher und qualitativ besserer Winternotunterkünfte für Obdachlose, dezentral gelegen und in kleineren, überschaubaren Wohneinheiten.
- Wir fordern eine „Hilfe zur Selbsthilfe-Aktion“ in Form von günstigen Krediten,

Anschubfinanzierungen (für Projekte wie z. B. Oase, Hinz & Kunzt) usw., um interessierten Obdachlosen den Einstieg in ein normales Berufsleben zu erleichtern.

- Wir fordern die Auflösung einer der stationären ÄrztInneneinrichtungen für Obdachlose und statt dessen die Einrichtung eines ÄrztInnenmobils.
- Wir fordern speziell die Ausweisung von mehr Wohnungen als Jugendwohnungen, denn diesen gilt es schneller zu helfen, da sie eher sozial abrutschen.
- Wir fordern die Erhaltung der Bauwagenplätze und besetzten Häuser, sofern den Betroffenen nicht adäquate Ausweichquartiere angeboten werden können.

## **Jugendkriminalität**

Nach langer Diskussion mit Fachleuten aus verschiedenen Behörden verabschiedete der Wohnungs- und Sozialpolitik-Ausschuß zum Thema „Jugendkriminalität“ folgende Resolution:

Wir sind uns darüber bewußt, daß wir den äußerst komplexen Umfang dieser Problematik nicht voll erfassen und bearbeiten konnten. Wir denken aber, daß es zahlreiche Möglichkeiten gibt, Angebote für Jugendliche zu schaffen, damit diese ihre Freizeit nach eigenen Wünschen frei so gestalten können daß sie sich nicht alleine und vernachlässigt fühlen. Dieses ist in einigen Familien, in denen z. B. beide Elternteile berufstätig sind, der Fall. Solchen Kindern fehlen teilweise Bezugspersonen.

Wir fordern daher:

- Räume für Jugendliche in Wohngebieten, in denen sie sich auch ohne Betreuung aufhalten können. Diese müssen vorher in Bauplänen so festgelegt werden wie Parkplätze.
- die Freigabe von Sportplätzen, Schulhöfen usw. für den Nachmittag.
- die Öffnung von Schulen zum Stadtteil, Bereitstellung der Räume unter der Aufsicht eines Sozialarbeiters/einer Sozialarbeiterin.
- mehr Kindergartenplätze und Kindertagesstätten.
- bessere Ausstattung der öffentlichen Plätze mit z. B. Halbpipes, Basketballplätzen.
- Anhörungsrecht der Jugendlichen in Bezirksversammlungen und Ortsausschüssen, Herantreten der PolitikerInnen an Jugendliche.
- nachträgliche stadtteilspezifische Gestaltung von Jugendzentren (Angebote zum Kochen, Tanzen, Spielen).
- den Dialog zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, auch unter Anleitung von SozialarbeiterInnen.
- Schwerpunkte im Unterricht auf Pädagogik, Lösung gesellschaftlicher Probleme.
- Bereitschaft der Politik, mehr Geld für Jugendpolitik zur Verfügung zu stellen.

## **Medien**

### **Stellungnahme zur aktuellen Diskussion um die ARD**

Wir begrüßen eine strukturelle Umordnung der ARD, mit der Kosten eingespart werden, damit die GebührenzahlerInnen nicht noch stärker belastet werden.

Bei dieser Umordnung dürfen allerdings keine Programminhalte angetastet werden, damit die Grundversorgung der Bevölkerung mit Informationen weiterhin gewährleistet ist.

Deshalb darf auch die Existenz der ARD nicht in Frage gestellt werden, wie in der momentanen Diskussion geschehen ist, in der, unserer Ansicht nach, zweifelhafte parteipolitische Interessen im Vordergrund stehen.

Wir berufen uns dabei auf die Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichts:

„Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten dürfen in ihrer Existenz nicht gefährdet werden. Mit ihren Programmen liefern sie die „Grundversorgung“ der Bevölkerung. Diese Grundversorgung ist für die demokratische Ordnung, wie auch für das kulturelle Leben, unerlässlich.“

Bei allen anstehenden Umstrukturierungen der ARD halten wir die Einmischung durch Parteien und durch die Bundesregierung für nicht zuträglich.

Unserer Meinung nach sollte die ARD die Kosteneinsparungen verantwortungsbewußt und eigenverantwortlich vornehmen.

## **Gewalt in den Medien**

Obwohl es im Rundfunkstaatsvertrag festgelegt worden ist, daß gewaltverherrlichende und -verharmlosende Sendungen verboten sind, werden unserer Meinung nach trotzdem noch zu viele dieser Art gezeigt.

Wir sind grundsätzlich nicht gegen Sendungen mit Gewalt, solange diese Gewaltdarstellungen realistisch sind und Gewalt nicht verherrlichen bzw. verharmlosen.

Wir fordern eine Aufsichtskommission, die auf freiwilliger Basis arbeitet und die aus PsychologInnen, SozialpädagogInnen (LehrerInnen, KindergärtnerInnen), JournalistInnen und Eltern besteht. Natürlich sollte auch die Landesmedienanstalt vertreten sein, damit eine gerechte Berücksichtigung aller Parteien gewährleistet wird.

Wir wollen Sendungen aufgrund Artikel 5 GG weder verbieten noch zensieren. Unser Vorschlag:

Die oben genannte Aufsichtskommission bewertet jugendgefährdende Sendungen in einer Skala von 1 (nicht gefährdend) bis 6 (extrem gefährdend). Zusätzlich empfehlen wir, die Ergebnisse im Fernsehprogramm zu veröffentlichen. Vor der Sendung wird die Beurteilung eingeblendet. Diese Bewertung wird an einen speziellen Decoder per Fernsehsignal übertragen. Dieser Decoder kann von den Eltern auf einen Gewaltgrad eingestellt werden. Der Decoder bewirkt, daß gewalttätigere Sendungen nur extrem verzerrt dargestellt werden. Die Verbreitung dieser Decoder soll vom Staat finanziell gefördert werden. Ab 1996 soll ihr Einbau in neue Fernseher verpflichtend sein.

Die Sender erhalten die Auflage, kritische Sendungen der Kommission zur Begutachtung vorzulegen (Informationsbroschüre).

Wir setzen uns außerdem für eine bessere Medienerziehung ein (siehe Sachsen). Diese sollte durch den Etat finanziert werden.

Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Freizeitzentren usw. müssen sich mit dem Thema Gewalt auseinandersetzen. Auch mit Gewalt, die über das Medium Fernsehen an Kinder herangeführt wird.

## **Medienkonzentration**

Im Artikel 5 GG wird die Meinungs- und Pressefreiheit gewährleistet; dieser Artikel zielt darauf ab, in den Medien eine Meinungsvielfalt zu garantieren.

Der Ausschuß ist der Meinung, daß diese Vielfalt nicht mehr vorhanden ist, da es durch geschickte Vertragsabschlüsse zu einer Polarisierung im Bereich des Privatfernsehens gekommen ist. Momentan halten nur zwei große Senderfamilien den ernstzunehmenden Marktanteil an Privatfernsehsendern. Zusätzlich sind diese zwei Großkonzerne ineinander verschachtelt und mit Verlagen der Printmedien verbunden.

Der Ausschuß sieht hier eine Gefahr der Gleichschaltung. Wenn das Angebot durch wenige große Köpfe bestimmt wird, kann dies zu einer einseitigen, subjektiven Information der BürgerInnen führen. Somit würde auch die politische Meinung im Volk weniger differenziert, was eine leicht manipulierbare Masse zur Konsequenz haben würde.

Der Ausschuß fordert deshalb:

- eine Verschärfung der bestehenden Gesetze im Bereich der Wettbewerbssicherung gegen Monopolisierung und Entstehung von Kartellen.
- eine Aufdeckung und Auflösung der bereits bestehenden Verflechtungen, da wir die Situation als sehr bedenklich erachten.
- die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems durch Erweiterung seiner Kompetenzen, besonders in finanzieller Hinsicht (Werbung nach 20 Uhr), um konkurrenzfähig gegenüber den Privatsendern zu bleiben.

- eine Förderung alternativer Fernseh-, Hörfunksender und Zeitungen zur Wiederherstellung der Meinungsvielfalt.
- eine gesetzliche Veränderung hinsichtlich der Bewertung von Vormachtstellungen. Nicht Aktienanteile sollten der entscheidende Faktor sein, sondern Marktanteile (ZuschauerInnenzahlen), da diese den Einfluß eines Senders realistischer repräsentieren (Marktanteilsmodell).

## **Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik**

Nach zwei Tagen intensiver Beratungen sind wir zu dem Entschluß gekommen, daß es sich bei der Änderung der bisherigen Energiepolitik um gleichzeitige Änderungen in den voneinander unabhängigen Einzelbereichen handeln muß:

- I. Stromeinsparungen in allen Sektoren
- II. Effektivierung der Energieerzeugung
- III. Umstellung auf regenerative Energien

In Anlehnung an die unten ausgeführten Punkte fordern wir die Bürgerschaft auf, ihren Beschluß, aus der Kernenergie auszusteigen, schnellstmöglich umzusetzen.

### **I. Stromeinsparungen in allen Sektoren**

Die Erfüllung folgender Punkte muß gewährleistet sein:

- umfangreichere Aufklärung der BürgerInnen zum Energiesparen im eigenen Haushalt. Zu diesem Zweck ist die stärkere Förderung von VerbraucherInnenverbänden nötig.
- Industriebetriebe müssen dazu verpflichtet werden, EnergieberaterInnen einzustellen.

Wir fordern:

- die Einführung einer Steuer, die Haushalte und Betriebe belangt, welche übermäßig viel Energie verbrauchen. EnergiesparerInnen werden mit diesem Geld prämiert (Ökosteuern).
- Förderung von energiesparenden Produkten (z. B. Energiesparlampen).
- Verteuerung von „energieverschwendenden“ Geräten, in Form einer Steuer (Verbrauchsobergrenze).
- Ausbau von Recyclinghöfen, um auch im Bereich der Neuproduktionen Energie zu sparen.
- Fortsetzung und Ausdehnung des „fifty-fifty“-Projekts auf alle öffentlichen Einrichtungen.

Da Hamburg ein Achtel aller Wohnungen indirekt gehören, können hier intensive Energiesparmöglichkeiten ausprobiert und vorgestellt werden. Der Hamburger Senat sollte seine Vorreiterrolle wahrnehmen.

Außerdem muß die HEW ihren Informationsauftrag viel stärker wahrnehmen. Der Senat spielt dabei als Hauptteilhaber der HEW die wichtigste Rolle.

### **II. Effektivierung der Energieerzeugung**

- Der Umstieg auf Blockheiz-Kraftwerke muß gewährleistet werden.
- Um den Ausstieg aus der Kernenergie zu verwirklichen, ist ein Zwischenschritt nötig, in dem die konventionelle Energieerzeugung intensiviert wird:
  - Dezentralisierung der Kraftwerke (Kohlekraftwerke),
  - Erschließung von kleinen Kraftwerken, die regenerative Energie erzeugen (Solarkraft, Wasserkraft, Windkraft).
- Langfristig müssen die regenerativen Energien so weit ausgenutzt werden, daß die konventionelle Energieerzeugung verdrängt wird.

### **III. Umstellung auf regenerative Energien**

- Subventionierung von Initiativen zur Produktion von alternativen Energien (z. B. Solarenergie).

- Förderung der Erforschung regenerativer Energien und deren Nutzungsmöglichkeiten.
- Energieimport unterstützen wir nur, wenn er durch regenerative Energien ökologisch vertretbar produziert wurde und der Transport umweltverträglich ist. Außerdem darf Energie nur importiert werden, wenn der Bedarf durch umfassende alternative Energieausschöpfung im eigenen Land nicht zu decken ist.

## Verkehrspolitik

Der Ausschuß hat in Anlehnung an die Beschlußvorlage des Ausschusses „Verkehr“ von „Jugend im Parlament 1993“ folgende Forderungen formuliert.

Hierbei ist uns zwar klar, daß diese Projekte zum Teil kostenaufwendig sind, doch denken wir, daß hier Prioritäten gesetzt werden müssen.

Da ein gutes ÖPNV-Angebot Nachfrage schafft und die Stadt wieder lebenswert macht, muß alles getan werden, um dieses so attraktiv wie möglich zu gestalten. Hierbei ist gerade auch die Preispolitik entscheidend.

- Neben der generellen Forderung nach Preissenkungen besteht das Bedürfnis nach der Einführung einer übertragbaren Umweltmonatskarte, die ganztägig gilt. Der Preis sollte 80 DM nicht überschreiten.
- Kombitickets, d. h. Eintrittskarten, in deren Preis die Benutzung des HVV eingeschlossen ist, sollten bei kulturellen Veranstaltungen häufiger Verwendung finden.
- Um die Nutzung des ÖPNV sicherzustellen, ist es notwendig, die schon bestehenden Linien zu verlängern. Gebiete wie Ottensen, Osdorf, Lurup, Steilshoop, Bramfeld, Großlohe, Jenfeld, Sasel usw. sollten an das U- und S-Bahn-Netz angeschlossen werden. Hierzu bedürfte es ein bis zwei neuer Bahnlinien, deren Bau wir sehr begrüßen würden.
- Notwendig für den Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel ist ein attraktiveres HVV-Angebot in der Nacht. Freitag und Sonnabend nacht besteht der Bedarf nach Bahn im 20-Minuten-Takt, in den Nächten von Sonntag bis Donnerstag ist ein 30-Minuten-Takt ausreichend. Die dadurch überflüssigen Nachtbus-Linien werden für Querverbindungen eingesetzt.
- Bei der Möglichkeit, ein Nachttaxi vom Bus aus zu bestellen, muß die Verlässlichkeit des Taxi-Transportes garantiert werden. Im Interesse von Sammeltaxis sollen die ersten zwei Kilometer ab drei Insassen pauschal 4 DM pro Person, für Einzelpersonen 5 DM kosten. Danach fallen die üblichen Taxikosten an.
- Für eine Erhöhung der Sicherheit in U- und S-Bahnen soll durch Erhöhung der Anzahl des Wachpersonals gesorgt werden. Dieses muß besser ausgebildet und sozial geschult werden, um so bürgerInnennah zu sein.
- Der Blickkontakt zwischen den Waggonen muß (wie zum Teil realisiert) durch Glasfronten gewährleistet sein. Die Waggonen müssen mehr Notruf-Tasten haben, außerdem müssen Bushaltestellen bzw. U- und S-Bahn-Stationen und -Zugänge besser beleuchtet werden.
- Allgemein muß die Benutzung des HVV behindertengerechter werden.
- Um RadfahrerInnen die Benutzung des HVV attraktiver zu machen, besteht der Bedarf nach einer Bereitstellung sicherer Fahrradboxen an U- und S-Bahn-Haltestellen.
- Jede Bahn braucht in der Art eines Gepäckwagens einen Fahrradtransport-Waggon.
- Abschaffung der ersten Klasse der S-Bahn und aller Zuschläge.
- Wegen seiner flexiblen Streckenführung ist der Bus auf Kurzstrecken unersetzbar. Auf Mittelstrecken z. B. in Stadtteilzentren und auf stark frequentierten Buslinien (102, 108 usw.) muß dagegen eine Stadtbahn mit eigener Trasse eingesetzt werden.
- Neben den neu zu bauenden Stadtbahntrassen besteht ein Bedarf nach mehr Busspuren. Nur indem die HVV-Fahrzeuge am (durch den Individualverkehr Verursachten) Stau vorbeifahren, wird ein Umsteigen attraktiv genug gemacht.
- Deswegen muß, außer auf den Hauptverkehrsstraßen, Tempo 30 für den Individualverkehr gelten.
- Durch die Einführung einer Parkraumsteuer und eine starke Erhöhung der Strafgebühren und Bußgelder bei Falschparken und überhöhter Geschwindigkeit ist dies finanzierbar und die Motivation, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, größer.
- Im Interesse einer „autofreien Innenstadt“ fordern wir, die von der Baubehörde

geplanten Projekte für verkehrsberuhigte Zonen finanziell vorrangig zu unterstützen. Diese sehen unter anderem die Bereiche City West, Poststraße, Große Bleichen, Gerhofstraße, Neue ABC-Straße, Alter Wall, Reesendamm, Mönckedamm, Umgebung des Dammtor-Bahnhofes als verkehrsberuhigte Zone vor.

- Für die Stadtteilzentren von Altona, St. Georg, St. Pauli und für das Karolinenviertel fordern wir die Reduzierung von Parkplätzen und weitestmöglich die Schaffung von FußgängerInnenzonen.
- In großräumigen FußgängerInnenzonen ist auf der gleichen Ebene der Fahrradverkehr zuzulassen auf farblich für ihn markierten Bereichen.
- Um der Verdrängung von FahrradfahrerInnen und FußgängerInnen durch den Autoverkehr entgegenzuwirken, müssen die Radwege zu Lasten der Fahrbahnen auf mindestens 2m Breite erweitert werden. Nötig sind kantsteinfreie Straßenübergänge, um eine möglichst übergangslose Überführung der Radwege über die Fahrbahnen zu sichern.
- An geeigneten und viel besuchten Standorten sind ausreichend große und technisch gut durchdachte Abstellanlagen für Fahrräder und Fahrradgepäck einzurichten.
- Für das Universitätsviertel erwarten wir einen Rückbau der Straßen auf zwei Spuren und Umbau der Parkstreifen in Radwege, vor allem in folgenden Straßen: Grindelhof, Schlüterstraße, Hochallee und Rothenbaumchaussee.
- Wir fordern die finanzielle Bevorzugung der „Velotrasse“, die im Grindelviertel geplant ist.
- In Wohngebieten ist einwohnerInnenberechtigtes Parken einzuführen und auch genügend Parkraum für Behinderte zu reservieren.

Ziel des Forderungskataloges soll es sein, eine ökologisch und sozialverträgliche Umgestaltung des Verkehrs in Hamburg zu bewirken. Dies ist nur dadurch zu erreichen, daß das Autofahren unattraktiv wird und die Angebote des ÖPNV so interessant werden, daß die Bevölkerung gerne auf andere Verkehrsmittel umsteigt.

Deswegen empfiehlt der Ausschuß „Umwelt, Energie und Verkehrspolitik“ der Bürgerschaft die Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs in Hamburg und die Verbesserung des ÖPNV- und Fahrradnetzes in und um Hamburg. Die Verkehrspolitik muß von der autofreundlichen Politik weggeführt werden und so dem/der BürgerIn ein Umdenken ermöglichen.

## Drogenpolitik

Hamburgs Drogenpolitik steckt in einer Sackgasse. Die altbekannten Ballungszentren wie Hauptbahnhof, St. Georg und Altona z. B. existieren weiter fort.

In nächster Zeit ist ein drastischer Anstieg des Konsums von DesignerInnendrogen (wie XTC, LSD) zu erwarten, denen die Polizei schon heute hilflos gegenübersteht.

Die Utopie, den Drogenkonsum beseitigen zu können, beherrscht die deutsche Drogenpolitik. Das Drogenproblem der Neunziger wurzelt in der dramatisierenden und repressiven Politik seit den Siebziger Jahren.

Die Drogenpolitik bleibt stecken, der Junkie rotiert im Kreisverkehr. Es besteht weder die Chance für den Junkie auf ein Entkommen aus seinem sozialen Umfeld noch auf eine Reintegration während und selbst nach Beendigung seiner Sucht. Der Schwarzmarkt für illegale Drogen hat derartig horrende Formen angenommen, daß dem Drogenkranken meist nur die Möglichkeit bleibt, kriminell zu werden.

Es werden in Hamburg wesentlich mehr Gelder für die Bekämpfung der sichtbaren Folgen der Drogenproblematik ausgegeben, als für deren Prävention „investiert“ werden. Aus ökonomischen Gesichtspunkten könnten sogar „Folgekosten“ eingespart werden und die Anzahl der Drogenabhängigen wesentlich verringert werden.

Auch in der Cannabis-Politik sollte eine klar verfolgbare Linie vorhanden sein, um die bestehende Rechtsunsicherheit zu beseitigen.

Wir denken, eine Beendigung der Verbots- und Repressionspolitik ist unabdingbar, da sie versagt hat. Zahlreiche Daten und Fakten beweisen dies.

Wir fordern die langfristige Legalisierung aller bis jetzt illegalen Drogen. Diese werden in Abgabestellen anonym verkauft. Der Staat besitzt ein Monopol auf den Verkauf. Eine Ausnahme bilden harte Drogen wie Heroin und Kokain, da wir diese mit einem sehr hohen Abhängigkeitsgrad klassifizieren. Diese werden unter strengen Bedingungen abgegeben.

Eine Altersgrenze halten wir, ähnlich wie beim Alkohol, für angebracht.

Um einen Anstieg der Zahl der DrogenkonsumentInnen und insbesondere der Drogenkranken zu verhindern, fordern wir einen drastischen Ausbau der Kinder- und Jugendprogramme, der Aufklärung über Drogen und sonstige Präventionsmaßnahmen. Die jetzige Sparpolitik verurteilen wir auf das Schärfste.

Die Gelder hierfür könnten langfristig durch wegfallende Repressionsgelder aufgebracht werden.

Als sofortige Maßnahmen fordern wir:

- ein sofortiges Werbeverbot für Zigaretten und Alkohol, da Werbung der Prävention und den Aufklärungsmaßnahmen entgegenwirkt.
- Legalisierung von Cannabis.
- Möglichkeit zur Qualitätskontrolle von chemischen Drogen (insbesondere XTC).
- mehr Geld für die staatliche Forschung.